

KV-Nr.: 3207

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 8 Blatt
und ist vollständig durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständig-
keit zu überprüfen.**

MÜLLER • MICHELS & MICHELS

RECHTSANWÄLTE

Müller • Michels & Michels • Kortumstraße 5, 45130 Essen

An das
Landgericht Essen
Zweigertstraße 52
45130 Essen



Sabine Müller

Stefan Michels

Sandra Michels
Fachanwältin für Strafrecht

Datum: 04.07.2005
Unser Zeichen: 687/05/StMi

K L A G E

des Herrn Hermann Treichel, Rüttenscheider Str. 257, 45131 Essen,

Klägers,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Müller, Michels und Michels, Kortumstraße 5,
45130 Essen

g e g e n

1) die Firma ATB Beton GmbH, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Klaus Hei-
mann, Gladbecker Straße 107, 45141 Essen,

2) Herrn Klaus Heimann, Rellinghauser Str. 143, 45136 Essen,

Beklagte,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Schink, Zweigertstraße 29, 45130 Essen

wegen: Schadensersatz und Schmerzensgeld

Streitwert: 10.276,00 Euro

Namens und in Vollmacht des Klägers erheben wir Klage und werden beantragen:

1. Die Beklagten werden als Gesamtschuldner verurteilt, an den Kläger 276,00 Euro nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen.
2. Die Beklagten werden als Gesamtschuldner verurteilt, an den Kläger ein angemessenes, in das billige Ermessen des Gerichts gestelltes Schmerzensgeld nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen.

BEGRÜNDUNG:

Der Kläger verfolgt mit seiner Klage Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüche anlässlich eines Arbeitsunfalls, den er am 03.02.2005 gegen 7.40 Uhr auf der damaligen Baustelle des Einkaufszentrums "Marktplatz" in der Bredeneyer Straße in Essen erlitten hat.

Zum angegebenen Unfallzeitpunkt war der Kläger während der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit für die Firma Weiland durch eine Deckenöffnung mit einem Durchmesser von ca. 2,50 m vom dritten in das zweite Obergeschoss hinabgestürzt. Die Höhendifferenz beträgt ca. 4,00 m.

Erst kurz vor diesem Unfall hatte der Kläger seine Tätigkeit im dritten Obergeschoss des Hauses und zwar im Unfallbereich begonnen. Als der Kläger den Raum betrat, nahm er mehrere Spanplatten wahr, welche gestapelt und vermeintlich dort gelagert wurden.

Beweis: Zeugnis des Arbeitskollegen des Klägers, Herrn Werner Bein, Harpener Hellweg 7, 44805 Bochum.

Im Zuge der Durchführung von Lüftungsinstallationen bewegte sich der Kläger im Raum und kam dabei neben den besagten Platten zum Stehen. Um eine Installation mit seinem Arbeitskollegen besser durchführen zu können, trat er mit dem rechten Fuß nach hinten und dabei auf eine der Spanplatten. Der Kläger hatte dabei zuvor keine Informationen über einen Deckendurchbruch erhalten oder diesbezüglich gar eigene Feststellungen treffen können. Es fehlte an jedem Hinweis auf eine Gefahrenquelle. Im übrigen machten die gelagerten Platten auch nicht den Eindruck, dass mit ihnen etwas abgedeckt werden sollte. Der Kläger war im Gegenteil völlig ahnungs- und arglos. Als der Kläger eine der Spanplatten - und dies nur am Rande - betreten hatte, brach er sofort durch die Abdeckung und stürzte, da er nirgendwo Halt finden konnte, in die Tiefe.

Beweis: Zeugnis des Herrn Werner Bein, b.b.

Die Beklagten trifft als Gesamtschuldner die alleinige Verantwortlichkeit für das streitgegenständliche Unfallereignis. Sie haben dem Kläger antragsgemäß Schadensersatz und Schmerzensgeld zu leisten. Das zu dem Unfall führende, grob fahrlässige Verhalten der Beklagten stellte sich wie folgt dar:

Die Beklagte zu 1) war, und zwar bereits mehrere Monate vor dem Tätigwerden des Klägers, auf der Baustelle mit Vorbereitungsarbeiten beschäftigt. Diese begannen Anfang November 2004 und umfassten auch einen Deckendurchbruch im dritten Obergeschoss, in den eine Wendeltreppe eingebracht werden sollte.

Nachdem die Beklagte zu 1), und zwar unter Zuhilfenahme weiterer Mitarbeiter - auch der des Beklagten zu 2), dem Geschäftsführer der Beklagten zu 1) - den Deckendurchbruch fertig gestellt hatte, erfolgte danach keine einzige, schon gar nicht eine ausreichende und geeignete Sicherungsmaßnahme an diesem Durchbruch. Der einzige, wahrlich bescheidene Versuch einer "Sicherung" war die Anbringung eines Flatterbandes, welches um den Durchbruch herum angelegt wurde. Dieses befand sich allerdings im Unfallzeitpunkt nicht mehr an der Gefahrenstelle.

Die Beklagten hinterließen nach Beendigung der Arbeiten ein "gähnendes Loch in die Tiefe". In keiner Weise sind die Beklagten ihren Verkehrssicherungsverpflichtungen nachgekommen, sondern haben in gröblichster Weise jegliche Sicherungsmaßnahmen schlicht unterlassen. So hätten die Beklagten in Erfüllung ihrer Sicherungspflichten eine fest am Boden verankerte, begehbare Verbretterung in einer Dicke von mindestens 5 cm anbringen müssen.

Nach alledem sind die Beklagten dem Kläger für den anlässlich des Unfalls erlittenen Schaden ausgleichspflichtig. Die Schädigung des Klägers stellt sich wie folgt dar:

Der Kläger, von Beruf Lüftungsmonteur, erlitt bei dem Sturz u. a. folgende Verletzungen:

- eine Berstungsfraktur eines Lendenwirbels (LWK 1)
- multiple Prellungen, insbesondere im Gesichtsbereich
- eine Verstauchung der rechten Hand
- eine Abrissfraktur des linken Innenknöchels.
- eine Kontusion des linken Fersenbeines.

Der Kläger musste vom Rettungsdienst in das Krupp Krankenhaus in Essen verbracht werden, wo er sofort operiert wurde. Nach einem mehrwöchigen Klinikaufenthalt fand eine Verlegung des Klägers in die Einrichtung der Kurgesellschaft Bad Münstereifel mbH, und zwar in der Zeit vom 21.02. bis 21.03.2005, statt. Fortan wurde der Kläger im Rahmen einer ambulanten Rehabilitation im St. Elisabeth Krankenhaus in Essen durch den dortigen Chefarzt Dr. H. Musch, über weitere zwei Monate hinweg behandelt und betreut.

Beweis: Bericht des Krupp Krankenhauses Essen vom 18.2.2005, Anlage 1

Bericht des St. Elisabeth Krankenhauses in Essen vom 25.05.2005, Anlage 2

Bericht der Kurgesellschaft Bad Münstereifel mbH v. 29.03.2005, Anlage 3

Die Schwere der erlittenen Verletzungen rechtfertigt ein Schmerzensgeld von jedenfalls 10.000,00 Euro, ohne das Gericht diesbezüglich binden zu wollen.

Weiterhin wurde bei dem Sturz die Armbanduhr des Klägers zerstört, die er gerade eine Woche zuvor zu einem Preis von 120,00 Euro erworben hatte. Das Handy, das der Kläger bei sich führte, wurde ebenfalls zerstört. Dieses war ebenfalls neuwertig und hatte einen Preis von 156,00 Euro.

Beweis: Im Bestreitensfall vorzulegende Rechnungen vom 24.01.2005 und 05.01.2005.

Die Beklagten wurden mit Schreiben vom 01.06.2005 zur Zahlung aufgefordert. Sie haben eine Zahlung durch Schreiben ihrer Prozessbevollmächtigten abgelehnt, so dass nunmehr Klage geboten ist.


(Michels)

Rechtsanwalt

Anmerkung des LJPA: Vom Abdruck der Anlagen 1 bis 3 wurde abgesehen. Diese haben den angegebenen Inhalt und bestätigen den Klägervortrag.

Dr. iur. Stephan Schink
Rechtsanwalt

RA Dr. Stephan Schink · Postfach 1212 · 45024 Essen

An das
Landgericht Essen
Zweigertstraße 52
45130 Essen

45130 Essen Zweigertstr. 29
45024 Essen Postfach 1212
Telefon 0201/ 203040
Telefax 0201/ 203041

Bankverbindungen:
Sparkasse Essen
BLZ 360 501 05 · Konto 211219
Deutsche Bank Essen
BLZ 360 700 24 · Konto 10505788

Landgericht Essen			
Eing. 02. Aug. 2005			
Bd.	Heft	Anl.	
2	Dachr.	EUR in KM	

Datum: 02.08.2005
Mein Zeichen: 05/00291

In Sachen
Treichel ./ ATB Beton u. a.
7 O 323/05

bestelle ich mich für die Beklagten. Im Termin zur mündlichen Verhandlung werde ich beantragen:

Die Klage wird kostenpflichtig abgewiesen.

B E G R Ü N D U N G :

Es ist richtig, dass am 01.12.2004 von der Beklagten zu 1. unter tätiger Mithilfe des Beklagten zu 2. der Deckendurchbruch gemacht wurde. Seinerzeit war die Beklagte zu 1. mit einer Mehrzahl von Deckendurchbrüchen seitens der Grundstückseigentümerin, der HJG Immobilienfonds AG, betraut, während die Innenausbauarbeiten durch eine Firma Berkhauser und die Heizungs- und Sanitärarbeiten durch die Weiland Haus- und Versorgungstechnik GmbH, bei der der Kläger angestellt ist, durchgeführt wurden. Bauleitender Architekt der Grundstückseigentümerin war der Architekt Rene Feldhaus. Der Deckendurchbruch, ein Loch in der Größe von ca. 2,5 m, war für eine einzubauende Treppe als Verbindung vom 2. zum 3. Obergeschoss geschaffen worden.

Den Beklagten war von dem Architekten Feldhaus gesagt worden, dass die Treppe unmittelbar am Folgetag auf die Herstellung des Deckendurchbruchs erstellt werden würde.

Beweis: Zeugnis des Architekten Rene Feldhaus, Moltkestraße 4, 45136 Essen.

Der vorbezeichnete Deckendurchbruch erfolgte in einem Raum mit rechteckigem Grundriss, an dessen Außenwand sich ein Fenster und an der gegenüberliegenden Wand die Tür zum Betreten des Raumes befand. Den Deckendurchbruch führten die Beklagten vor der Außenwand

mit dem Fenster durch. Das Vorhandensein des Deckendurchbruchs machten sie durch Anbringen eines Trassierbandes (Flutterbandes) kenntlich. Dieses Band befestigten sie - aus Tür- richtung gesehen - vor dem Deckendurchbruch an den beiden fensterlosen Seitenwänden des Raumes. Damit war ihre Tätigkeit abgeschlossen. Das Anbringen des Bandes war unter den gegebenen Umständen zur Kennzeichnung der Gefahrenstelle ausreichend. Der Raum in der 3. Etage war nämlich verschlossen. Ein Zugang ohne Mitwirkung des Hausmeisters, der von dem Deckendurchbruch informiert war, war nicht möglich.

Beweis: Zeugnis des Hausmeisters Bernd Gruber, Kraye Straße 4, 5276 Essen.

Zudem konnten die Beklagten davon ausgehen, dass aufgrund der Äußerung des bauleitenden Architekten schon am auf den Deckendurchbruch folgenden Tag die Wendeltreppe eingesetzt und damit die Gefahr beseitigt worden wäre. Zu dem Unfall ist es dann nur gekommen, weil die Treppe entgegen der Zusage des Architekten bis zu dem 9 Wochen später erfolgten Unfall nicht eingesetzt worden ist. Das Flutterband wurde von der Firma Berkhauser entfernt, welche die Gefahrenstelle unfachmännisch mit viel zu dünnen Spanplatten zudeckte. Hierfür trifft die Beklagten, die nach dem Deckendurchbruch ihre Tätigkeit auf der Baustelle beendet hatten, keine Verantwortlichkeit. Im Einzelnen trug sich die Entfernung des Flutterbandes wie folgt zu:

Anfang Februar 2005 wurden von dem Architekten Feldhaus Folgearbeiten vergeben, nämlich insbesondere an die Firma Berkhauser, die zunächst in der 3. Etage den Abbruch der Wände vorzunehmen hatte. Zu diesem Zwecke musste die 3. Etage vom Hausmeister geöffnet werden. Die Firma Berkhauser entfernte in der 3. Etage sämtliche Seitenwände. Dies betraf auch die Seitenwände des Raumes mit dem Deckendurchbruch, an denen das Flutterband befestigt war. Mit dem Abbruch der Wände verschwand daher auch das Flutterband. Folgerichtig war das sichtbare Loch damit nicht mehr gesichert. Mit dem Abbruch der Wände war die Etage auch nicht mehr verschlossen. Es wäre also zwingend erforderlich gewesen, dass die Firma Berkhauser das Loch gesichert hätte. Diese Sicherung ist aber nicht ordnungsgemäß erfolgt. Vielmehr sind über den Deckendurchbruch viel zu dünne Spanplatten verlegt worden.

Beweis: Zeugnis des Architekten Rene Feldhaus, Moltkestraße 4, 45136 Essen.

Offenbar hat es der Architekt versäumt, der Firma Berkhauser eine klare Anweisung hinsichtlich der Abdeckung des Lochs zu geben und/oder die Abdeckung zu kontrollieren. Die eigentliche Gefahrenquelle wurde nicht dadurch geschaffen, dass das sichtbare Loch im verschlossenen Raum nur durch ein Flutterband gesichert war. Die eigentliche Gefahrenquelle war erst dadurch entstanden, dass die Firma Berkhauser einen Teil der Wände abgebrochen und dadurch den freien Zugang zu dem Loch geschaffen hatte, wobei nicht nur ihre Verpflichtung bestand, diese Gefahrenquelle abzusichern, sondern auch alle Umstände dafür sprechen, dass nur diese Firma das Loch hätte sichern können.

Dr. Schink
(Dr. Schink)

Rechtsanwalt

MÜLLER • MICHELS & MICHELS

RECHTSANWÄLTE

Müller • Michels & Michels • Kortumstraße 5, 45130 Essen

An das
Landgericht Essen
Zweigertstraße 52
45130 Essen



Sabine Müller

Stefan Michels

Sandra Michels
Fachanwältin für Strafrecht

Datum: 29.08.2005
Unser Zeichen: 687/05/StMi

In Sachen
Treichel ./ ATB Beton u. a.
7 O 323/05

irren die Beklagten, wenn sie meinen, dass es Sicherungsmaßnahmen allein deshalb nicht bedurft hätte, weil der fragliche Raum im 3. Obergeschoss nicht frei zugänglich war. Entscheidend ist doch, dass er mit Hilfe des Hausmeisters eben doch betreten werden konnte. Der Verweis der Beklagten auf eine angeblich vorliegende Verantwortlichkeit Dritter ist nicht geeignet, die eigene Haftung in Abrede zu stellen. Die nahezu völlig ausgebliebenen Sicherungsmaßnahmen haben den Schaden adäquat verursacht. Der Unfall wäre nicht geschehen, wenn die Beklagten das Loch ordnungsgemäß verschlossen hätten. Versuche Dritter, diese Pflichtverletzung zu kompensieren, unterbrechen den Zurechnungszusammenhang nicht.

Michels
Michels

(Rechtsanwalt)

**Öffentliche Sitzung
des Landgerichts**

Essen, den 29.09.2005

Geschäftsnummer: 7 O 323/05

Gegenwärtig:

Richter am Landgericht Dr. Stein
als Einzelrichter

Ohne Hinzuziehung eines Protokollführers gemäß § 160a ZPO vorläufig auf Tonträger aufgezeichnet.

In Sachen

Treichel ./ ATB Beton u. a.

erscheinen nach Aufruf der Sache:

1. der Kläger und Rechtsanwalt Michels
2. der Beklagte zu 2) und für die Beklagten Rechtsanwalt Dr. Schink

Zunächst wird eine Güteverhandlung durchgeführt. Eine gütliche Einigung scheitert.
Es wird in die mündliche Verhandlung eingetreten.


Der Klägerinnenvertreter stellt den Antrag aus der Klageschrift.

Der Beklagtenvertreter beantragt, die Klage abzuweisen.


b.u.v.:

Eine Entscheidung ergeht am Schluss der Sitzung.

Von einem Abdruck der am Schluss der Sitzung verkündeten Entscheidung wurde zu Prüfungszwecken abgesehen.


Dr. Stein

f.d.R.d.Ü.v.T.


Rehbein, JAng.

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist.

Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Von einer Entscheidung über die Kosten und die vorläufige Vollstreckbarkeit ist abzusehen, soweit es sich dabei um Nebenentscheidungen handelt.

Kommt die Bearbeitung ganz oder teilweise zur Unzulässigkeit der Klage, so ist zur Frage der Begründetheit in einem Hilfsgutachten Stellung zu nehmen.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Dem Vortrag liegt eine Austauschprüfungsaufgabe des Landesjustizprüfungsamtes Niedersachsen zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

A. Zulässigkeit

Die Klage dürfte zulässig sein. Insbesondere dürfte das Landgericht Essen zuständig sein. Die sachliche Zuständigkeit ergibt sich aus § 71 Abs. 1, 23 GVG, die örtliche aus § 32 ZPO. Die Zulässigkeit des unbestimmten Antrags zu 2) folgt daraus, dass bei Ansprüchen, die wie hier das Schmerzensgeld, von einem billigen Ermessen des Gerichts abhängen, eine Ausnahme von dem Bestimmtheitserfordernis des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO zugelassen wird, wenn der Kläger die Schätzungsgrundlage hinreichend mitgeteilt und die Größenordnung seiner Vorstellung angegeben hat (vgl. Thomas/Putzo, 26. Aufl., § 253 Rn. 12). Diesen Erfordernissen dürfte der Kläger genügt haben.

B. Begründetheit

Die Klage dürfte unbegründet sein.

Dem Kläger dürfte kein Schadensersatzanspruch aus unerlaubter Handlung gemäß den §§ 823 Abs. 1, 31, 831 BGB zustehen.

Der Kläger hat durch den Sturz eine Körperverletzung und damit die Verletzung eines durch § 823 Abs. 1 BGB geschützten Rechtsguts erlitten. Für diese Rechtsgutsverletzung ist auch eine Handlung des Beklagten zu 2) sowie von Verrichtungsgehilfen der Beklagten zu 1) kausal geworden. Zu dem Unfallgeschehen wäre es nämlich nicht gekommen, wenn der Deckendurchbruch nicht vorgenommen oder mit Platten abgedeckt worden wäre, die einen Menschen hätten tragen können.

Um die von dem Kläger erlittene Rechtsgutsverletzung den Beklagten zurechnen zu können, dürfte eine solche äquivalente Kausalität allerdings nicht ausreichen. Die bloße Ursächlichkeit im Sinne der *conditio-sine-qua-non*-Formel bedarf, um eine unerträgliche Ausweitung der Schadensersatz-Pflicht zu verhindern, einer Ergänzung durch weitere Zurechnungskriterien. Im vorliegenden Fall dürfte der Schwerpunkt der Vorwerfbarkeit auf einem Unterlassen der Beklagten beruhen, weil diesen nicht die Vornahme des Deckendurchbruchs (=aktives Tun), sondern allenfalls das Unterbleiben von ausreichenden Sicherungsmaßnahmen zum Vorwurf gemacht werden kann. In den Fällen, in denen die Rechtsgutsverletzung auf einem Unterlassen oder einer nur mittelbar kausalen Handlung des Schädigers beruht, wird als weiteres Zurechnungskriterium aber die Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht verlangt (vgl. Palandt, 64. Aufl., § 823, Rn. 45). Eine solche Verkehrssicherungspflichtverletzung dürfte den Beklagten jedoch nicht vorzuwerfen sein. Der Beklagte zu 2) und die Mitarbeiter der Beklagten zu 1) haben den Durchbruch, der sich in einem verschlossenen und nur durch den informierten Hausmeister zu öffnenden sowie gut ausgeleuchteten Raum befand, durch Flatterband gesichert. Zudem ist zu berücksichtigen, dass den Beklagten nach ihrem unbestrittenen Vortrag gesagt worden war, dass die Wendeltreppe unmittelbar im Anschluss an die Herstellung des Durchbruchs installiert werden sollte, was zur Beseitigung der Gefahrenquelle geführt hätte. Damit dürfte für die Beklagten keine Veranlassung für eine weitergehende Sicherung des Durchbruchs bestanden haben. Umfängliche Abdeckungs- und Absicherungsarbeiten wären bei einem zeitnahen Einbau der Wendeltreppe angesichts des verschlossenen Raumes und der Erkennbarkeit der Gefahrenstelle unzumutbar gewesen. Denn von niemandem kann erwartet werden, dass eine Absicherung nur zum Zwecke ihrer anschließenden Demontage angebracht wird. Der Vortrag der Parteien bietet auch keinen Anhalt dafür, dass die Beklagten mit der Möglichkeit einer längerfristigen Verzögerung des Einbaus der Treppe oder einer alsbaldigen Entfernung der Seitenwände rechnen mussten. Demgemäß dürfte die von den Beklagten vorgenommene Sicherung durch Flatterband völlig ausreichend gewesen sein.

Aber selbst wenn man zugunsten des Klägers die Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht zu Grunde legt, so ist zu berücksichtigen, dass nicht diese im eigentlichen Sinne unfallursächlich geworden ist, sondern vielmehr die nicht von den Beklagten zu vertretende Abdeckung des Deckendurchbruchs mit ungeeigneten Materialien nach Herausbrechen der Seitenwände zum Sturz des Klägers führte. Erst durch die Entfernung der Seitenwände wurde nämlich der Zugang zum Gefahrenbereich ermöglicht und erst durch die Verlegung von - nicht ausreichend tragfähigen - Spanplatten wurde die Gefahrenstelle kaschiert. Damit besteht der eigentliche Anknüpfungstatbestand nicht in der Ausführung eines Deckendurchbruchs in einem nicht allgemein zugänglichen Raum, sondern in der Ermöglichung des Zutritts zur Gefahrenstelle durch Entfernung der Seitenwände des nämlichen Raums und der unsachgemäßen Abdeckung. Letzteres lag indessen nicht im Verantwortungsbereich der Beklagten, sondern in dem Verantwortungsbereich der die Innenausbauten zeitlich versetzt ausführenden Firma Berkhauser sowie im Verantwortungsbereich des bauleitenden Architekten, dem die Koordinierung und Beaufsichtigung der jeweiligen Baugewerke oblag. Es dürfte sich daher auch eine Durchbrechung des Zurechnungszusammenhangs unter dem Gesichtspunkt des Fehlverhaltens Dritter vertreten lassen. Eine solche Durchbrechung kommt zwar nur bei ungewöhnlich grobem Fehlverhalten Dritter in Betracht (vgl. Palandt, a.a.O., Vorb § 249, Rn. 73). Ein solches könnte jedoch in der völlig unsachgemäßen Abdeckung durch die Firma Berkhauser erblickt werden, durch welche der Blick auf den Durchbruch verstellt wurde.

Letztlich muss die Inanspruchnahme der Beklagten auch an deren fehlendem Verschulden scheitern, denn Voraussetzung der Fahrlässigkeit ist die Vorhersehbarkeit der Gefahr. Grundsätzlich hängt die Vorhersehbarkeit von den Umständen des Einzelfalles ab. Der Verkehrssicherungspflichtige muss für mögliche Störungen die notwendige Vorsorge treffen. Vorkehrungen für alle abstrakt denkbaren Schadensrisiken können aber in der Regel nicht verlangt werden. Es muss vielmehr die nicht ganz fernliegende Möglichkeit einer Schädigung bestehen (vgl. Palandt-Heinrichs, a.a.O., § 276, Rn. 20), was hier aufgrund der bereits genannten Umstände zu verneinen sein dürfte. Textkontrolle: BGB, ZPO, GVG.